

Antrag

öffentlich

Datum

02.10.2019

Nummer

A0228/19

Absender

SPD-Stadtratsfraktion

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Herr Hoffmann

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

17.10.2019

Kurztitel

Reduzierung des Schwerlastverkehrs im Stadtgebiet

Der Stadtrat möge beschließen,

der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den zuständigen Stellen in der Landes- und Bundesverwaltung Gespräche dahingehend zu führen bzw. Anträge zu stellen, damit gemäß §1 Abs.4 Bundesfernstraßenmautgesetz (BFStrMG) die Straßen zwischen der Magdeburger Innenstadt und Schönebeck dergestalt in die Mautpflicht für LKW einbezogen werden, dass zukünftig Mautausweichverkehre vermieden werden.

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob weitere Strecken im Stadtgebiet Magdeburg und Umland zum Zwecke der Reduzierung von Immissionen und zur Vermeidung der Mautausweichverkehre in die Mautpflicht einbezogen werden sollten.

Um Überweisung in die Ausschüsse Umwelt und Energie sowie Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr wird gebeten.

Begründung:

Seit einiger Zeit haben die Schwerlastverkehre, insbesondere in den ostelbischen Durchgangsstraßen stark zugenommen und damit die Lärm und Abgasimmissionen. Dies ist auf Mautausweichverkehre von Schwerlasttransportern u.a. Kieslaster zurückzuführen. Für die Anwohner der entsprechenden Straßen stellt dies zunehmend eine große Belastung dar.

Gemäß §1 Abs.4 Bundesfernstraßenmautgesetz (BFStrMG) besteht inzwischen die Möglichkeit, die Mautpflicht auch für untergeordnete Straßen zu beantragen. Für das Stadtgebiet Magdeburg ist die Landeshauptstadt Magdeburg als Baulastträger antragsberechtigt. Für den weiteren Straßenverlauf sind Gespräche mit dem Salzlandkreis und Jerichower Land sowie der Landesverwaltung notwendig.

Jens Rösler

Stadtrat